

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 29. Oktober 2020
– Drucksache 16/9169**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ein neues Migrations- und Asylpaket COM(2020) 609 final

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 29. Oktober 2020 – Drucksache 16/9169 – Kenntnis zu nehmen.

04. 11. 2020

Die Berichterstatterin:

Sabine Wölfle

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/9169, in seiner 38. Sitzung am 4. November 2020.

Abg. Josef Frey GRÜNE bemerkte, die Mitteilung der Kommission über ein neues Migrations- und Asylpaket werde gerade noch rechtzeitig vor der Beratung im Bundesrat am 6. November 2020 im Ausschuss für Europa und Internationales des baden-württembergischen Landtags besprochen.

Er führte aus, der Entwurf dieses neuen Migrations- und Asylpakets sei von der Kommission genau 14 Tage nach dem Brand in Moria vorgestellt worden. Die Europäische Union stehe hier infolge einer verfehlten Asyl- und Migrationspolitik vor einer großen Baustelle. Ein weiteres Moria werde nur zu verhindern sein, wenn sich alle 27 Mitgliedsstaaten an die Verträge hielten.

Laut Artikel 2 des Lissaboner Vertrags seien die Werte, auf die sich die Europäische Union gründe, die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der

Ausgegeben: 10. 11. 2020

1

Rechte der Personen, die Minderheiten angehörten. Diese Werte würden in der Bundesrepublik von mindestens 200 Kommunen mitgetragen, die sich im Rahmen der Seebücke-Aktion dazu bereit erklärt hätten, Flüchtlinge aufzunehmen. Diese Werte würden aber bei einigen Nationalstaaten, die sich bis heute weigerten, sich an einer Aufnahme der Flüchtlinge zu beteiligen, vermisst.

Das vorliegende Migrations- und Asylpaket bringe etwas Bewegung in das Thema. Doch liege der Teufel im Detail. Das jetzt vorliegende Paket trage noch nicht den Geist des Artikels 2 des Lissaboner Vertrags. Er lese heraus, dass möglicherweise die Seenotrettung in Zweifel gezogen werde. Wenn dies nicht der Fall sei, lasse er sich vom Innenministerium gern eines Besseren belehren. Zur Wahrung der Menschenrechte gehöre seines Erachtens, dass Menschen in Seenot gerettet würden.

Es sei abzuwarten, wie die weiteren Vorschläge der Europäischen Kommission konkret ausfielen. Dazu müsse dann im Einzelnen Stellung genommen werden. Seines Erachtens gebe es im Augenblick noch zu viele Variablen. Es sei nicht so ganz klar, wo das Ganze hinführe. Es müsse aber darauf geachtet werden, dass die Verträge, die die Mitgliedsstaaten unterzeichnet hätten, auch eingehalten würden. Das betreffe Deutschland, aber auch Baden-Württemberg.

Abg. Joachim Kößler CDU hielt es für begrüßenswert, dass es nun den Anfang eines gerechten und solidarischen Systems gebe. Denn es könne nicht so weitergehen, dass die einen die Last trügen und die anderen sich überhaupt nicht beteiligten. Länder wie Griechenland und Italien trügen die Hauptlast. Es brauche aber ein effizientes und solidarisches System.

Er fuhr fort, er betrachte den vorliegenden Entwurf eines neuen Migrations- und Asylpakets nicht als endgültig, sondern vielmehr als einen Anfang. Das Paket enthalte ein effizientes Rückführungssystem, einen fairen und krisenfesten Solidaritätsmechanismus und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Es gehe auch um die Bekämpfung von Schleusern, das Schaffen von legalen Zugangswegen und das Abschließen von Rücknahmeabkommen mit Drittstaaten.

Hinsichtlich der Seenotrettung habe er der Mitteilung der Kommission und auch dem Bericht der Landesregierung nichts Negatives entnommen. Die Seenotrettung sei im Paket enthalten. Er lese nicht heraus, dass die Europäische Union nicht bereit sei, Seenotrettung einzusetzen.

Insgesamt sehe er in dem Paket einen Anfang. Über manches müsse noch diskutiert werden. Doch müsse ein dauerhaftes System etabliert werden. Es sollte nicht, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen sei, mit Ad-hoc-Lösungen gearbeitet werden.

Abg. Sabine Wölfler SPD brachte vor, im September dieses Jahres habe die EU-Kommission einen Entwurf für ein neues Migrations- und Asylpaket vorgelegt. Darauf sei lange gewartet worden. In diesem Paket würden verbesserte und schnellere Verfahren im gesamten Asyl- und Migrationssystem festgelegt. Zudem solle ein Gleichgewicht zwischen den Grundsätzen der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten und der Solidarität geschaffen werden. Migration sei ein hochkomplexes Thema. Da müssten viele Aspekte berücksichtigt werden.

Alle seien sich darin einig, dass das bisherige System nicht mehr funktioniere. In den letzten fünf Jahren habe die Europäische Union es leider nicht geschafft, dieses Problem zu lösen. Gerade die Brandkatastrophe von Moria und die unzulänglichen Notlösungen auf den griechischen Inseln hätten allen vor Augen geführt, dass hier einiges im Argen liege. Jetzt solle dieses neue Paket eine solidarische Lösung und eine gerechtere Verteilung bringen. Die Kernpunkte seien bereits ausgeführt worden.

Nichtsdestotrotz sei dieses Paket – innerhalb der Mitgliedsstaaten, im Europäischen Parlament, bei den Parteien, bei den NGOs – höchst umstritten. Es sei noch lange nicht in trockenen Tüchern.

Der Kritikpunkt, den die SPD teile, sei, dass es hier um eine reine Abschottungspolitik gehe. Einzelfallprüfungen im Asylrecht würden an der Grenze ausgehöhlt

und beschnitten. Die sogenannten Patenschaften seien ein Freibrief für unwillige Mitgliedsstaaten, sich von den Rückführungspflichten freizukaufen. Es gebe nur noch ein halbes Dutzend EU-Staaten, die überhaupt bereit seien, Flüchtlinge aufzunehmen. Hier stelle sich die Frage, wie solidarisch die Europäische Union eigentlich sei.

Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament kritisiere das Fehlen eines ständigen und verpflichtenden Umsiedlungsmechanismus und fordere, dass das individuelle Recht auf Asyl gewahrt bleibe.

Dieses neue Paket lasse viele Fragen offen. Ungeklärt sei z. B., was mit den Menschen an den Außengrenzen passiere. Das Einsperren von Migranten, sobald sie die Außengrenzen der EU erreichten, wie das in Moria geschehen sei, müsse ein Ende haben. Die Kommission müsse deutlich machen, dass die Leute nicht monatelang interniert würden, während sie verschiedenen Asylverfahren gegenüberstünden. Hier gebe es dringenden Handlungsbedarf. Dabei könne es jedoch keine Lösung sein, dass sich einzelne EU-Mitgliedsstaaten quasi freikaufen.

Abg. Emil Sänze AfD legte dar, die EU habe sich in Sachen Asyl nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Schengen I und II hätten versagt. Es sei dringend notwendig, zu einem anderen Verfahren zu kommen.

Er wolle aber nicht das Papier in toto in Abrede stellen. Vielmehr weise er auf zwei Punkte hin.

Bemerkenswert sei – da dränge sich ihm die Frage auf, ob daran nicht Luxemburg mitgewirkt habe –, dass sich der zugrunde liegende Verteilschlüssel zu 50 % nach der Bevölkerungsanzahl und zu 50 % nach der Wirtschaftsleistung, also dem BIP, richte. Da stehe Deutschland in vorderster Reihe, obwohl Deutschland bereits eine sehr hohe Migration aufweise. Diesen Punkt halte er für fragwürdig, zumal die Niederlande pro Quadratkilometer eine sehr große Dichte habe. Deutschland komme gleich dahinter. Es sollten daher auch die soziologischen Auswirkungen einer solchen Migration mitbedacht werden.

In dem Paket würden zum ersten Mal die Mitgliedsstaaten zur Solidarität aufgefordert. Das wäre an sich positiv. Auch eine Datenbank zur Registrierung biometrischer Daten wäre zu begrüßen. Daran fehle es bisher. Mehrfachasylanträge seien keine Besonderheit. Doch müsse das Ganze aus Sicht der AfD-Fraktion abgelehnt werden, weil das in die Autonomie der einzelnen Staaten eingreife.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP äußerte, das Paket sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Doch wenn gewollt sei, dass das Problem auf europäischer Ebene solidarisch gelöst werde, brauche es vor allem Akzeptanz. Möglicherweise müsse Deutschland dann auch von der einen oder anderen Forderung abrücken. Auch ihm gefalle es nicht, wenn sich Staaten freikaufen. Dann müssten sie sich aber bei Frontex mehr engagieren oder sich sonst irgendwie einbringen. Es könne nicht sein, dass sich einzelne Staaten aus der Problematik rund um die Migration herausnähmen. In der Tat sei es ein Armutszeugnis, dass nur noch so wenige Mitgliedsstaaten bereit seien, Flüchtlinge aufzunehmen.

Insgesamt wäre dieses Paket ein erster Schritt. Doch müssten wohl auch Maßnahmen wie beispielsweise Antragslager außerhalb der EU, die nicht wie Moria aussähen, aufgenommen werden, um zu erreichen, dass die Regelungen auch in den östlichen Mitgliedsstaaten akzeptiert würden. Ohne diese Akzeptanz werde das Ganze nicht gelingen.

Auch könne es nicht sein, dass eine Kleingemeinde in Baden-Württemberg – wenn auch aus nachvollziehbaren Gründen, weil sie das Leid sehe – vorangehe. Das führe zu zahllosen Diskussionen. Für die EU sei das Thema eine Bewährungsprobe. Hier müsse dringend gehandelt werden. Um diesbezüglich eine Akzeptanz zu erreichen, müsse aber möglicherweise auch einmal vom einen oder anderen Standard etwas abgewichen werden.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) brachte vor, es sei unglaublich, wie hier von SPD und Grünen die Asylantenkriminalität verharmlost werde. So sei von

„Brandkatastrophe“ gesprochen worden. Dabei sei ganz genau bekannt, dass es sich um eine Brandstiftung gehandelt habe, und zwar nicht eines Einzeltäters, sondern von ganzen Gruppen. Das Feuer sei an sechs bzw. sieben Stellen gleichzeitig gelegt worden. Beachtenswert sei, dass im ganzen Lager niemand verletzt worden sei. Niemand habe eine Rauchvergiftung erlitten. Das heiÙe, das ganze Lager sei informiert gewesen. Das sei sozusagen eine generalstabsmäÙig vorbereitete Aktion mit einem ganz klaren Ziel gewesen. Wenn das Schule mache, könnten sich alle auf etwas gefasst machen. Dann werde das hier auch gemacht. Hier würden also die größten Verbrecher, die Brandstifter, die sofort abgeschoben werden müssten, noch bevorzugt aufgenommen.

Wenn das Problem gelöst werden solle, dann gehe es nicht um die Vertragstreue von den 27 Staaten, sondern dann gehe es darum, dass die Verträge geändert würden und dass solche Leute – das ganze Lager – stante pede nach Hause geschickt würden. Das wäre die Konsequenz.

Eine Vertreterin des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration erläuterte, dieses vorgelegte Papier werde im Moment auf europäischer Ebene zwischen den Mitgliedsstaaten intensiv diskutiert. Bisher sei noch nichts in Stein gemeißelt. Gerade auch das Thema Seenotrettung nehme in der Diskussion sehr breiten Raum ein und sei Bestandteil der Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung, die Teil des Pakets sei.

Wie das Migrations- und Asylpaket dann letztendlich aussehe, bleibe abzuwarten. Da lasse sich im Moment schwerlich eine Prognose treffen. Gleiches gelte für die Frage, wie an den Außengrenzen vorgegangen werde. Auch da bleibe die Entwicklung abzuwarten.

Im Moment liefen die Verhandlungen rund um dieses Paket, um die einzelnen Legislativakte und Bestandteile dieses Pakets auf Hochtouren. Da müsse abgewartet werden. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration begleite das Ganze sehr eng.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/9169 Kenntnis zu nehmen.

09. 11. 2020

Wölflé